

Der Separatstaatskanzler

Ein antipreußischer Antikommunist. Drei neue Biographien feiern Konrad Adenauer als Gründer der Bundesrepublik

Von Arnold Schölzel

Konrad Adenauer lebte von 1876 bis 1967. Er studierte Jura. Im Alter von 30 Jahren wählte der Kölner Stadtrat das Mitglied der katholischen, aber nach dem »Kulturkampf« der 1870er Jahre längst kaisertreuen Zentrumspartei zum Beigeordneten. 1909 wurde Adenauer mit satterm Gehalt Erster Beigeordneter, zuständig unter anderem für Finanzen. 1917 wurde er Oberbürgermeister von Köln, der jüngste in Preußen. Er galt als Verwaltungsgenie, das beste Ergebnisse ablieferte. Von 1921 bis 1933 wurde Adenauer jährlich zum Präsidenten des Preußischen Staatsrats, der Zweiten Kammer im Freistaat Preußen neben dem Landtag, gewählt. Im März 1933 entließen ihn die Nazis als Oberbürgermeister und als Staatsratspräsident. Adenauer kam während des sogenannten Röhm-Putsches 1934 für kurze Zeit in Haft, erneut nach dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 für mehrere Wochen. Er war von 1933 bis 1945 durch Bekannte über den bürgerlichen Widerstand informiert, schloss sich ihm aber nicht an. 1945 setzten ihn die einrückenden US-Truppen als Oberbürgermeister von Köln wieder ein, die Briten, in deren Besatzungszone die rheinische Stadt lag, entließen ihn jedoch wieder. Das verschaffte Adenauer Zeit für überregionale Politik. 1946 übernahm er die Führung der CDU des Rheinlands, wurde 1949 zum Bundeskanzler gewählt und regierte bis 1963.

43 Jahre lebte er im Kaiserreich, 14 Jahre in der Weimarer Republik, zwölf Jahre im Faschismus, 22 Jahre in den westdeutschen Besatzungszonen und der BRD. Einer der drei Autoren, deren Adenauer-Biographien hier vorgestellt werden, der Bonner Historiker Friedrich Kießling, hat seinem Buch mit Blick auf diese Etappen den Titel »Dreieinhalb Leben« gegeben. Die letzte Phase machte ihn zur historischen Figur: Adenauer ist der »Erfinder« der Bundesrepublik, er formulierte am klarsten ihre Gründungsideen: Antikommunismus, Aufrüstung und Sozialpolitik. Daran zu erinnern fällt auf fruchtbaren Boden: Die gegenwärtige Bundesregierung greift erneut darauf zurück, abzüglich der Sozialpolitik, dafür mit reichlich Russophobie.

Geiz und Gier

Alle drei Biographen gehen der Frage nach, welche Fähigkeiten und Auffassungen Adenauer aus seinen früheren Lebensphasen für seine Regierungstätigkeit ab 1949 mitbrachte. Die einhellige Antwort lautet: Es gibt einige Verbindungen zu früher, aber in vieler Hinsicht tritt nach 1945 ein anderer Politiker auf als davor. So habe Adenauer in der Weimarer Republik nach Ausgleich und Verständigung mit anderen Parteien gestrebt, nach 1945 könne davon keine Rede mehr sein. Holger Löttel, der langjährige Leiter der

»Rhöndorfer Ausgabe« von zentralen Dokumenten aus dem Nachlass Adenauers, zitiert in seinem Buch »Konrad Adenauer. Leben in Zeiten des Umbruchs« exemplarisch aus dessen Rede auf einem CSU-Landesparteitag in Nürnberg 1957, »dass mit einem Sieg der Sozialdemokratischen Partei der Untergang Deutschlands verknüpft« sei. 1949 habe Adenauer »die Wahlentscheidung auf die Grundsatzfrage« zugespitzt, »ob Deutschland christlich oder sozialistisch regiert« werden solle, wobei er umgehend hinterhergeschoben habe, »dass der Sozialismus keinen Damm gegen den Kommunismus bildet«. Das war zu Zeiten, als sich der 1952 gestorbene SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher in antikommunistischer Hetze ungern übertreffen ließ. Adenauer verstand sein Demagogenhandwerk.

Er hatte mit dem Adenauer der Novemberrevolution und der Weimarer Republik nichts gemein. 1918 hatte der sich bereitwillig als Oberbürgermeister dem Arbeiter- und Soldatenrat in Köln zur Verfügung gestellt und den Vorsitz von dessen »Wohlfahrtsausschuss« übernommen. Von seinen politischen Gegnern auf der Rechten wurde er in den 1920er Jahren als »Steigbügelhalter des Sozialismus« bezeichnet und vom Kölner SPD-Vorsitzenden Wilhelm Sollmann stets wohlwollend begleitet.

Alle drei Biographien gehen der Herkunft und Jugend Adenauers neu nach. Die Quellenlage dazu ist dünn, einiges Neue hat sich aber ergeben. Das Resultat lässt sich so zusammenfassen: Adenauer stammte aus einem streng katholischen Elternhaus. Alle drei Autoren zweifeln an, dass die Familie – wie Adenauer später erzählte – »arm« gewesen sei. Der Vater ist nach jetzigen Erkenntnissen zwar dem Stand nach als Justizsekretär und später Kanzleirat zum Kleinbürgertum zu zählen, dem realen Einkommen nach habe er aber zu den Besserverdienern gehört. Vor allem aber heiratete Konrad Adenauer 1904 eine Tochter aus dem reichen Patriziat Kölns, die eine erhebliche Geldsumme in die Ehe mitbrachte. Sie starb 1916, Adenauer heiratete 1919 erneut. Seine zweite Frau erholte sich von einem Suizidversuch, den sie in Gestapo-Haft unternommen hatte, nicht mehr und starb 1948. Adenauer selbst rückte als Erster Beigeordneter und erst recht als Oberbürgermeister in die höchste Steuerklasse in Preußen. Er hatte 1917 einen Vertrag ausgehandelt, mit dem er mehr verdiente als der Oberbürgermeister von Berlin. Der Stadtrat, in dem wegen des preußischen Dreiklassenwahlrechts 1917 noch keine Sozialdemokraten saßen, war mit dem Spitzengehalt einverstanden.

Zugleich war er privat, so der emeritierte Historiker Norbert Frei in seinem Band »Konrad Adenauer. Kanzler nach der Katastrophe«, »wenigstens bis in seine mittleren Jahre von einer die Grenze zum Geiz übersteigenden Sparsamkeit und gleichzeitig von einer alle Grundsätze finanzieller Umsicht hinter sich lassenden Geldgier« geprägt. Letzteres führte dazu, dass Adenauer in der Weltwirtschaftskrise 1929 das Familienvermögen halbierte. Die Angaben über die Verluste sind nicht einheitlich, doch hatte er offenbar einen Millionenbetrag verspekuliert. Zugleich soll er bei der Deutschen Bank, in deren Aufsichtsrat er saß, einen Kredit über fast 1,9 Millionen Reichsmark offen gehabt haben. Das Problem legte die Bank diskret bei.

Mann der Exekutive

Geiz und Verschwendung wären eher unwichtige Charakterzüge, aber Adenauers Stellung und sein Vermögen öffneten ihm die Türen zur Großbourgeoisie. Leider streifen die drei Biographen dieses Thema lediglich und nennen nur einzelne Personen, die im hochherrschaftlichen Haus der Adenauers ein- und ausgingen: Hugo Stinnes, August und Fritz Thyssen, Hjalmar Schacht, Hermann Josef Abs, der Bankier Louis Hagen, der AEG-Direktor Johann Hamspohn und Adenauers Freund seit den 1920er Jahren, Robert Pferdmenges. Dieser war Vorstand des A. Schaaffhausen'schen Bankvereins sowie Teilhaber und Geschäftsführer der Bank Sal. Oppenheim in Köln und wurde in der BRD CDU-Bundestagsabgeordneter.

Adenauer war spätestens seit seiner Heirat Mitglied des Kölner »Klüngels«. In der Weimarer Republik und in der BRD bewegte er sich in Kreisen des Großkapitals und der führenden Politiker. In Köln ließ er Grüngürtel anlegen, die Messehallen bauen und einen Hafen anlegen. 1922 war er Präsident des Deutschen Katholikentages und legte sich dort mit Michael Kardinal von Faulhaber an, gegen dessen Monarchismus er vehement die Republik verteidigte. Wenige Jahre später trat er einem Verein zur Unterstützung der Ansiedlung von Juden in Palästina bei und wurde fast gleichzeitig Vizepräsident der Deutschen Kolonialgesellschaft. Wegen seiner Unterstützung des Zionismus griffen ihn schon früh faschistische Autoren an. Adenauer zeigte sich später immer wieder dankbar gegenüber jüdischen Freunden, die ihn in der Zeit des Faschismus finanziell unterstützt hatten.

Das hinderte ihn nicht, sich 1932 in einem Interview für Mussolini zu erwärmen. Frei fasst zusammen: »Im Schlussakt der Weimarer Republik war Adenauer eine schwankende Figur.« So soll er sich im selben Jahr in der Zentrumsparterie dafür ausgesprochen haben, die Reichsregierung mitsamt der NSDAP-Führung zu verhaften. Frei: »Andererseits verkehrte der Kölner Rathauschef im Haus des Privatbankiers Kurt Freiherr von Schröder, wo er am 2. August 1932 auf dessen Briefpapier als Ergebnis einer Unterredung mit rheinischen Parteifreunden handschriftlich festhielt, das Zentrum werde bereit sein, eine Regierung aus Nationalsozialisten und Deutschnationalen unter einem Reichskanzler Hitler »zu tolerieren und ganz unvoreingenommen nur nach seinen Taten zu beurteilen«.«

Drei Wochen bevor sich Franz von Papen mit Hitler im Dezember 1932 im Haus von Schröder traf, empfahl Adenauer dem Zentrumsvorsitzenden Ludwig Kaas, sich für eine Regierung in Preußen unter Einschluss der NSDAP einzusetzen. »Dann könnten die Nationalsozialisten zunächst an der »weniger gefährlichen Stelle zeigen, ob sie wirklich in der Lage sind, so hohe Ämter zu versehen«.« Frei zitiert den Historiker Hans Peter Schwarz, der diesen Brief kommentierte: »Wäre er zu Lebzeiten Adenauers bekanntgeworden, so hätte ihm das nach 1945 sicher geschadet.« Frei meint, Adenauers Hin und Her erscheine heute nicht nur als eine Serie von Fehleinschätzungen. »Es erweist ihn vielmehr als einen in der Wolle gefärbten Mann der Exekutive, dessen Leidenschaft für den Parlamentarismus – gleichviel ob in Gestalt des Kölner Stadtrats, des Parlamentarischen Rats oder des Bonner Bundestages – zeitlebens Grenzen kannte.« Ein Präsidialkabinett sei für ihn kein maßloses Unglück gewesen, »solange damit nicht auch die Republik zur Disposition gestellt wurde«. Heißt

wohl: Grundsätzlich hatte Adenauer nichts gegen einen Staatsstreich, republikanisch sollte es aber aussehen.

Aus rheinischer Perspektive

Unklar äußern sich alle drei Verfasser zur Frage, ob Adenauer 1919 und 1923 Separatist war und einen Rheinstaat anstrebte. Das wurde ihm von der KPD und aus der DDR, aber auch von der NSDAP immer wieder vorgeworfen. In den 1970er und 1980er Jahren wurde intensiv dazu geforscht. Frei meint heute, Adenauer sei zwischen Novemberrevolution und Versailler Vertrag 1919 »teils aus eigenem Antrieb, teils aufgrund seiner Amtsfunktion, in Beratungen und Pläne hinsichtlich der staatlichen Zukunft der Rheinlande einbezogen« gewesen. Es sei um die Frage gegangen, ob die Zugehörigkeit Kölns und der Region zum Deutschen Reich angesichts der Annexionsforderungen in Frankreich gesichert werden könne - und ob diese überhaupt wünschenswert sei. Frei vertritt die Auffassung: »Vom folgenlosen Ende her betrachtet genügt es festzuhalten, dass sich das Kölner Stadtoberhaupt damals nach allen Seiten und für alle Eventualitäten zu wappnen suchte.« Adenauer habe sowohl mit Separatisten als auch mit deren Feinden gesprochen, lud am 1. Februar 1919 sogar zu einer Kommunalkonferenz der Rheinprovinz ein und fuhr mit einer Delegation nach Frankreich, wartete aber letztlich die Entscheidungen in Versailles und der Weimarer Nationalversammlung ab.

Kießling urteilt: »Adenauer war kein Separatist. In höchster Not war er aber bereit, Lösungen auszuloten, die einem neuen rheinischen Teilstaat des Reichs besondere Autonomierechte eingeräumt hätten. Anders sieht es gegenüber Preußen aus. Da sind die hartnäckigen Bemühungen Adenauers um eine Abspaltung des Rheinlands doch bemerkenswert, zumal für einen Präsidenten des Preußischen Staatsrats.« Nach 1945 habe sich die von Adenauer jetzt ganz anders wahrgenommene Gefahr des Kommunismus mit der sowjetischen Besetzung bis zur Elbe ganz anders gestaltet. »Das bedeutet nicht, dass Adenauer nicht einzelne Muster seiner Rheinlandpolitik nach 1945 wieder aufnehmen konnte. Aber um eine Art Wiederholung oder zweiten Anlauf handelte es sich nicht.« Am plausibelsten sei, dass bei Adenauer »schlicht die rheinische Perspektive alles andere überlagerte«.

Löttel hat mehr Informationen zu dem Thema: Bereits am 9. November 1918 seien Vertreter der Rheinlandbewegung - größtenteils aus der Zentrumspartei - zu Adenauer als Oberbürgermeister von Köln gekommen, die ihm vortrugen, man »könne das Deutschtum hier am Rhein nur dann retten, wenn man sich von Preußen lostrenne und einen eigenen Staat bilde«. Löttel weiter: »Nach anfänglicher Skepsis unterstützte Adenauer den Plan, eine ›Westdeutsche Republik‹ zu schaffen, die als Flächenstaat im ›Verbande des Deutschen Reichs‹ verankert sein, durch die Aufteilung Preußens aber auch dem französischen Sicherheitsbedürfnis Rechnung tragen sollte.« Die radikaleren Kräfte hätten erwartet, dass Adenauer auf der Konferenz am 1. Februar 1919 die Rheinische Republik ausrufen würde. Das geschah aber nicht, denn Adenauer - so Löttel - habe sich alle Optionen offenhalten wollen. Als der Versailler Vertrag keine Abtrennung vorsah, sei er sofort umgeschwenkt und für eine Aufwertung der Provinzialautonomie eingetreten.

Alle drei Autoren legen plausibel dar, dass Adenauer zwar für einige Zeit die in der deutschen Bourgeoisie verbreitete Auffassung vertrat, Hitler solle »abwirtschaften«, aber nicht mit den Faschisten zusammenarbeitete. Als Hitler am 17. Februar nach Köln kam, weigerte sich Adenauer, ihn am Flughafen zu empfangen, und ließ alle Hakenkreuzfahnen an der Deutzer Brücke entfernen. Die Nazis demonstrierten im Wahlkampf zu den Kommunalwahlen am 12. März 1933 gegen ihn und skandierten: »Adenauer an die Mauer!« Am 13. März erklärte Gauleiter Josef Grohé bei einer großen SA-Parade, Adenauer sei abgesetzt. Da war er bereits auf dem Weg nach Berlin.

Nach seiner Absetzung als Präsident des Preußischen Staatsrats hatte er dort eine ergebnislose Unterredung mit Hermann Göring, der ihn wüst beschimpfte, er habe die Stadtkasse geplündert. Das Ermittlungsverfahren lief mehrere Jahre und wurde ergebnislos eingestellt. Adenauer blieb 1933 einige Monate im Kloster Maria Laach und kehrte mit seiner Familie aus Neubabelsberg am Rande Berlins, wo er 1934 ein Haus gekauft hatte, 1935 zurück an den Rhein. Er ließ in Rhöndorf ein Haus bauen.

Hartnäckig nicht widerständig

Adenauer hielt in dieser Zeit zwar Kontakt zum bürgerlichen Widerstand, weigerte sich aber laut Kießling, sich ihm anzuschließen: »Dabei war dieses Werben durchaus hartnäckig. Aber Adenauer wies unter anderem persönliche Bemühungen von Carl Goerdeler zurück wie auch solche von dem früheren Geschäftsführer der Christlichen Gewerkschaften im Rheinland und Westfalen, dem späteren Bundesminister Jakob Kaiser, der in Köln wie in Berlin zu den führenden Mitgliedern des Widerstands gehörte. Im Falle von Goerdeler, den er als Kollegen im Vorstand des preußischen Städtetages aus Weimarer Tagen kannte, weigerte sich Adenauer, diesen überhaupt zu empfangen.« Laut Frei hatte Adenauer »panische Angst, auf die Personallisten des in seinen Augen leichtsinnigen und redseligen Goerdeler zu geraten, der viel zuviel durch die Lande reiste«.

Frei vermutet, dass hinter der Weigerung »politische Einsichten und Erkenntnisse« standen, die ihn durch die letzten Kriegs- und die ersten Nachkriegsjahre tragen sollten: Er habe nicht vergessen können und wollen, »mit wieviel Gemeinheit das »erwachende« Köln ihm 1933 begegnet war und wie rasch die Nationalsozialisten damals ihre Macht hatten festigen können; er sah auch schon bald keine Möglichkeiten und Instanzen mehr, mit denen die weitere innen- wie außenpolitische Radikalisierung aufzuhalten oder gar eine Umkehr herbeizuführen wäre«. 1943 soll er gesagt haben: »Dieser Krieg muss restlos zu Ende gehen, damit es keinen Kriegsschuldkomplex gibt.«

Hinzu kam: Er erhielt von einem befreundeten Schweizer Konsul, der in der Nachbarschaft in Rhöndorf lebte, Informationen über die faschistischen Verbrechen. Und erlebte sie aus nächster Nähe: 1958 erzählte er einem französischen Reporter über die Gestapo-Haft 1944, dass er in einer Einzelzelle saß, die »gerade über dem Raum, in dem Menschen gemartert wurden«, lag.

Am 16. März 1945 erschienen US-Offiziere bei ihm, die ihn aufforderten, wieder Oberbürgermeister in Köln zu werden. Adenauer lehnte mehrfach ab, weil er befürchtete, dass seine Söhne, die noch Soldaten in der Wehrmacht waren,

Repressionen ausgesetzt werden könnten. Er gestand, so Frei, nur zu, dass er beratend mitarbeiten könne. Vor allem fühle er sich dazu ausersehen, »das deutsche Volk von Grund auf zum Frieden zu erziehen«, so notierte es ein Bekannter, der die Offiziere begleitet hatte. Adenauer fuhr mit den US-Soldaten danach zwar öfter nach Köln und führte dort mit dem Kommandeur Gespräche, aber erst Anfang Mai folgte er der Bitte ins Amt. Von der britischen Besatzungsarmee, die nach einigen Wochen die US-amerikanische ersetzte, wurde er im Oktober 1945 entlassen.

Vorausseilende Propaganda

Adenauers »Erinnerungen«, die er nach seinem Rücktritt als Bundeskanzler ab 1963 verfasste, setzen in dieser Zeit ein. Frei kritisiert an ihnen, das »Bedürfnis nach intellektueller Durchdringung der bis eben erlebten moralischen Katastrophe« habe Adenauer selten geplatzt. Entsprechende Zeugnisse aus dieser Zeit seien nicht überliefert, nur Banalitäten wie diese: »Durch den Nationalsozialismus war die allgemeine Ordnung im Lande schwer geschädigt.« Erhalten blieb aber das Protokoll eines längeren Gesprächs mit Offizieren der US-Gegenspionage (CIC) von Ende März 1945, das bei Frei wiedergegeben wird. Adenauer warnte darin »vor krasser Zerstückelung Deutschlands« und plädierte für vier Staaten. Er begründete das, so heißt es in dem Dokument, mit einem langen Vortrag »über die zwei deutschen Staaten; das Deutschland, das im wesentlichen auf der römischen Kultur basiert, und das Deutschland Preußens, und wie letzteres dem ersteren seinen Willen aufgezwungen hat. (...) Indem man Preußen auf vier Staaten beschränkte, ließe sich der im wesentlichen nichtdeutsche preußische Einfluss neutralisieren. Sollte dies nicht möglich sein, müsste das Rheinland als eigenständiger Staat anerkannt werden.« Es dürfe aber nicht unter Kontrolle Frankreichs kommen, nur eine britische oder US-Hegemonie sei akzeptabel. Der anwesende Schweizer Konsul notierte auch Sätze Adenauers wie den, dass mit der »Wahrscheinlichkeit einer kriegerischen Auseinandersetzung mit Russland gerechnet wird«. Frei zitiert außerdem aus einem Brief Adenauers vom 5. Juli 1945, in dem er lange vor Churchills Fulton-Rede 1946 eine Goebbels-Formulierung aufgreift: »Russland lässt einen eisernen Vorhang herunter.« Das war zehn Tage vor Beginn der Potsdamer Konferenz.

Adenauer bot so schon im März 1945 die Propagandaerzählung an, die an die Stelle der in Potsdam verabschiedeten Analysen und der beschlossenen Konsequenzen in der Bundesrepublik getreten ist: Die deutsche Bevölkerung ist schuld, Faschismus hat mit Kapitalismus – wie er später öfter formuliert – nichts zu tun, sondern mit »Materialismus« und »Vermassung«. In Adenauers Worten: Er sei überzeugt, dass es in Deutschland »auf lange Zeit kein politisches Leben geben werde. Bevor ein politisches Leben beginnen könnte, wäre es notwendig, alle Deutschen, die von den Nazis vergiftet worden waren, umzuerziehen«. Bei Vokabeln wie »vergiftet«, »den Menschen ist nicht zu trauen« und ähnlichem sollte es bei Adenauer bleiben. Heute ist dieser »Antifaschismus« auch bei »Linken« populär. Motto: Wer vom Faschismus nicht reden will, kann auch vom Kapitalismus schweigen.

Schneller Schlusstrich

Die Fundamente für Adenauers spätere Politik als Bundeskanzler waren damit gelegt: Der Osten ist preußisch-undeutsch, weil nicht katholisch. Das Rheinland muss am besten ein Separatstaat werden. Die Ursache des Faschismus ist eine Art Seuche oder toxische Chemikalie. Es war das Programm der Spaltung Deutschlands.

Vier Jahre später war Adenauer weiter. In seiner ersten Regierungserklärung als Bundeskanzler am 20. September 1949 würdigt er bereits den Kapitalismus als Wählerwillen: Seine Koalition sei eine »zwischen den Parteien, die die Planwirtschaft verworfen, und denjenigen, die sie bejaht haben«. Alles andere wäre dem Votum »geradezu entgegengerichtet« gewesen. Eine Geste gegenüber den Opfern des Faschismus gab es in dieser Rede nicht, wohl aber eine Verurteilung des Umgangs mit Faschisten nach 1945, weil durch die »Denazifizierung (...) viel Unglück und viel Unheil angerichtet worden« sei. Daher Schlusstrich nach vier Jahren, die Bundesregierung prüfe eine Amnestie. Am 31. Dezember 1949 trat das entsprechende »Gesetz über die Gewährung von Straffreiheit« in Kraft. Es war das zweite der BRD nach dem Beschluss über »Notopfer Berlin«, gemeint war Westberlin. Die Restauration des deutschen Imperialismus war in vollem Gang.

Die drei Adenauer-Biographien handeln den Aufstieg Adenauers zur CDU-Führerschaft und zum Bundeskanzler sowie dessen Regierungszeit an vielen mehr oder weniger bekannten Ereignissen ab und feiern den Kanzler, weil er eine »stabile Demokratie« geschaffen habe. Auffällig ist dabei: Adenauers Pläne für eine Wiederaufrüstung nehmen in den Darstellungen erst ab 1949 Gestalt an. Kießling schreibt zwar: »Adenauer hatte diese seit seinem Antritt als Bundeskanzler hartnäckig verfolgt. Erste Überlegungen dazu fanden sich bei ihm aber auch schon 1947.« Das erscheint reichlich spät. Denn seit 1945 arbeitete zum Beispiel der Planer des »Falls Barbarossa«, Adolf Heusinger, im US-Auftrag die Angriffspläne gegen die Sowjetunion auf, war »Fremde Heere Ost« unter Reinhard Gehlen längst im Auftrag der USA in ganz Osteuropa wieder aktiv. Es erscheint unplausibel, dass Adenauer davon nichts wusste. Dafür ging es dann mit der Wiederaufstellung der Wehrmacht überraschend schnell. Mit dem heutigen Streben nach »Kriegstüchtigkeit« schließt sich ein Kreis, der zurück zu Adenauer 1945 führt.

Friedrich Kießling: Adenauer. Dreieinhalb Leben – Biographie. Deutscher Taschenbuch-Verlag, München 2025, 544 S., 30 Euro

Norbert Frei: Konrad Adenauer. Kanzler nach der Katastrophe. Biographie. Verlag C. H. Beck, München 2025, 317 S., 29,90 Euro

Holger Löttel: Konrad Adenauer. Leben in Zeiten des Umbruchs. Bebra-Verlag, Berlin 2025, 208 S., 24 Euro

Arnold Schölzel schrieb an dieser Stelle zuletzt am 17. Juli 2025 über die Konferenz von Potsdam vor 80 Jahren und den Beginn des Kalten Krieges: »[Feinjustierung und großer Knüppel](#)«

<https://www.jungewelt.de/artikel/519600.deutsche-geschichte-der-separatstaatskanzler.html>